

Privatschulen wollen gleichberechtigt sein

Großer Andrang bei Anhörung der Volksinitiative „Schule in Freiheit“ im Abgeordnetenhaus

■ VON REGINA KÖHLER

Leidenschaftlich hat sich Eva Rasfeld, Schulleiterin der Evangelischen Gemeinschaftsschule Mitte, für einen Kurswechsel im Bildungswesen ausgesprochen. „Wir müssen weg von Konkurrenz, Ausgrenzung und Anpassung, hin zu Autonomie und einem innovativen Geist“, forderte sie am Donnerstag. Das Land brauche mündige Bürger, die in der Lage seien, sich der Probleme der Zukunft, zu denen Klimawandel, Ressourcenverknappung und Facharbeitermangel gehören, anzunehmen.

Rasfeld gehörte zu den fünf Vertrauensleuten der Volksinitiative „Schule in Freiheit“, die am Donnerstag im Abgeordnetenhaus über ihre Forderungen sprechen durften.

Der Andrang im Landesparlament war groß. Mehr als 200 Menschen waren zur Anhörung gekommen. Mit der Sammlung von 24 420 gültigen Unterschriften hatte die Initiative das Recht auf diese Veranstaltung erworben. Ihr Sprecher, Kurt Wilhelmi, sagte, dass sich insgesamt sogar mehr als 340 Menschen angemeldet hatten. „Wir mussten leider vielen absagen, weil wir nicht mehr Platz im Abgeordnetenhaus bekommen haben.“

Drei Stunden lang äußerten sich fünf Vertrauensleute zu den Zielen der Volksinitiative und diskutierten mit den Mit-

gliedern des Schulausschusses über ihre Forderungen. Kurt Wilhelmi betonte anschließend, dass er zufrieden sei. Die Anhörung habe die Debatte über ein freies Schulwesen ein wichtiges Stück vorangebracht. „Wir hoffen jetzt, dass das Abgeordnetenhaus Mitte April zumindest einen Teil unserer Forderungen beschließen wird“, sagte er.

Laura Ehrich, Schülersprecherin des John-Lennon-Gymnasiums in Mitte, äußerte sich indes enttäuscht über die Anhörung. „Ich habe das Gefühl, dass einige Abgeordnete mir gar nicht richtig zugehört haben“, sagte sie. Als äußerst unangenehm erlebten sie wie auch die anwesenden Zuhörer zudem das Verhalten der Vorsitzenden des Schulausschusses, Christa Müller (SPD), die die Anhörung leitete. Müller legte den Mitgliedern der Volksinitiative gegenüber einen Ton an den Tag, der regelrecht abwertend war.

Die Initiative „Schule in Freiheit“ setzt sich für mehr Freiheit und Selbstständigkeit der Schulen ein. Eine wesentliche Forderung ist die nach der Gleichberechtigung von Schulen in freier Trägerschaft. „Diese Schulen müssen genauso finanziert werden wie staatliche Schulen“, sagte Wilhelmi. Dann müsse kein Schulgeld

mehr erhoben werden, und die freien Schulen seien für alle Schüler zugänglich. Bisher erhalten die Schulen in Freier Trägerschaft lediglich 65 Prozent des Budgets einer staatlichen Schule. Weitere Forderungen der Volksinitiative sind die nach mehr pädagogischer Freiheit der Schulen und einer größeren organisatorischen Selbstbestimmung der staatlichen Schulen.

„
Schule braucht
einen
innovativen
Geist

Eva Rasfeld,
Schulleiterin der
Evangelischen Schule
Mitte

Die Schülersprecherin des Lennon-Gymnasiums, Laura Ehrich, kritisierte zum Beispiel, dass viel zu viele Tests und Prüfungen Lehrer wie Schüler unter Druck setzten und eine Atmosphäre der Angst erzeugten. Gelernt werde vor allem für diese Prüfungen, wichtige aktuelle Bereiche wie Politik, Psychologie, Wirtschaft oder Soziologie kämen zu kurz. „Die Lust der Schüler geht verloren, die Leidenschaft der Lehrer auch“, so Ehrich. Sie forderte mehr pädagogische Freiheit. Nur dann könnten die Lehrer der Individualität der Schüler tatsächlich gerecht werden, sagte sie.

Özcan Mutlu, bildungspolitischer Sprecher der Grünen, räumte ein, dass es dem Senat in den vergangenen Jahren nicht gelungen ist, ein faires Finanzierungsmodell für Schulen in freier Trägerschaft zu ent-

wickeln. „Wir müssen es endlich schaffen, die freien Schulen für alle Schüler zu öffnen“, sagte er. Dazu müsste sich die Finanzierung dieser Schulen an den vergleichbaren Vollkosten der staatlichen Schulen orientieren. Freie Schulen in Brennpunktgebieten müssten zudem besonders unterstützt werden, sagte Mutlu.

Mieke Senftleben, Bildungsexpertin der FDP, bezeichnete es als „aktive soziale Ausgrenzung“, dass Schulen in freier Trägerschaft lediglich zwei Drittel der Mittel bekommen, die staatliche Schulen erhalten, und deshalb Schulgeld erheben müssen. „Das ist nicht länger hinnehmbar, diese Schulen erfüllen schließlich denselben staatlichen Bildungsauftrag wie öffentliche Schulen.“

Zu den Gästen der Anhörung gehörte auch Filipe Fürstnhöfer, dessen Kinder die Waldorfschule im Märkischen Viertel besuchen. Seine Erwartungen seien nicht besonders groß, sagte er. Immerhin würde diese Anhörung aber Impulse setzen. Eine gleichberechtigte Finanzierung der freien Schulen sei unabdingbar, forderte auch Fürstnhöfer. „Wir müssen unheimlich viel Energie in die Regelung der Finanzen unserer Schule stecken, statt uns um inhaltliche Fragen zu kümmern“, sagte er. Allein in den vergangenen acht Wochen hätten die Eltern Spenden in Höhe von 400 000 Euro für die dringende Sanierung des Schulgebäudes eingeworben.